

**Kleine Anfrage Barbara Freiburghaus (FDP)/Thomas Berger (Jungfreisinn):  
Publibike – ein staatlich geförderter Monopolanbieter?**

Der Stadtberner Gemeinderat ist bereit, mit Publibike einem einzelnen Anbieter den Einstieg in den Stadtberner Markt mit rund 2.0 Millionen Steuerfranken zu erleichtern. Eine solche hohe Startinvestition für einen einzelnen Anbieter wirft Fragen auf. Noch fragwürdiger ist die Aussage der zuständigen Gemeinderätin Ursula Wyss in den sozialen Medien, wonach man erst noch prüfen müsse, ob es neben Publibike noch Platz für weitere Anbieter haben werde. Entsprechend bitten wir den Gemeinderat die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie schätzt der Gemeinderat die Gefahr ein, dass durch Publibike ein staatlich legitimer Monopolanbieter den Markt ausschaltet?
2. Ist der Gemeinderat der Meinung, dass andere (private) Anbieter neben Publibike eine faire und realistische Chance auf einen Markteintritt haben werden?
3. Traut der Gemeinderat den Bürgerinnen und Bürgern zu, sich den für sie optimalen Anbieter selber auszuwählen?

Bern, 31. August 2017

*Erstunterzeichnende: Barbara Freiburghaus, Thomas Berger*

*Mitunterzeichnende: Claudine Esseiva, Vivianne Esseiva, Christophe Weder, Dannie Jost, Maurice Lindgren, Claude Grosjean, Patrick Zillig, Rudolf Friedli, Roland Iseli, Alexander Feuz*

**Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 7. Juni 2017 zuhanden des Stadtrats die Vorlage zur Einführung eines (stationsgebundenen) öffentlichen Veloverleihsystems (VVS) verabschiedet; das Geschäft wurde am 6. Juli 2017 in der vorberatenden Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS) behandelt.

Seit Juli 2017 drängen neue Anbieter von (nicht stationsgebundenen) sogenannten Free-Floating-Velo-verleihsystemen auf den Schweizer Markt, wo sie teilweise problematische Zustände im öffentlichen Raum verursachen. Der rasche Markteintritt von einem dieser Anbieter in Zürich (oBike) und das ebenso rasch manifestierte Interesse weiterer Anbieter waren so nicht vorhersehbar; beides ist deshalb in der Stadtratsvorlage zur Einführung des öffentlichen VVS nicht thematisiert. Aufgrund dieser Entwicklung hat der Gemeinderat zuhanden des Stadtrats Zusatzinformationen verabschiedet, welche den Mitgliedern des Stadtrats parallel zur vorliegenden Kleinen Anfrage zur Verfügung stehen. Der Gemeinderat verweist deshalb im Wesentlichen auf die dort enthaltenen ausführlichen Informationen.

Vor diesem Hintergrund nimmt der Gemeinderat zu den einzelnen Fragen wie folgt Stellung:

**Zu Frage 1:**

Die Stadt Bern hat 2015 in einem offenen Verfahren nach WTO/GATT-Abkommen und der massgeblichen Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen den Aufbau, Betrieb und die Finanzierung eines (stationsgebundenen) öffentlichen VVS ausgeschrieben. Mit diesem Vorgehen hat der Gemeinderat den Markt nicht ausgeschaltet, sondern wettbewerbskonform geöffnet. Aufgrund des

Zuschlags aus dem offenen Vergabeverfahren und gestützt auf die erteilte Rahmenkonzession kann PubliBike über die Vertragsdauer von fünf Jahren exklusiv ein stationsgebundenes VVS mit einem dichten Netz von Ausleihstationen auf öffentlichem Grund betreiben. Für andere Formen von Veloverleihsystemen, namentlich für Free-Floating-Systeme, ist der Markt dadurch grundsätzlich nicht ausgeschaltet.

*Zu Frage 2:*

Ja. Für Einzelheiten verweist der Gemeinderat auf die Ausführungen in den erwähnten Zusatzinformationen (insbes. Ziff. 2.5 – 2.7).

*Zu Frage 3:*

Ja. Allerdings besteht nach geltender Rechtslage eine Bewilligungspflicht und setzt der Gemeinderat auf einen geordneten Prozess (vgl. dazu Ziff. 2.6 und 2.7 der Zusatzinformationen). Denn der "Wildwuchs", der bei unkontrollierten Free-Floating-Angeboten droht (siehe dazu die Zusatzinformationen sowie die dort erwähnten verschiedenen Medienberichte aus den vergangenen Wochen), liegt weder im Interesse der potenziellen Kundschaft noch der Gesamtbevölkerung.

Bern, 20. September 2017

Der Gemeinderat